



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 01.08.2025 bis 08.08.2025

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Ägypten: Christlicher Konvertit wegen Terrorismus angeklagt	3
Armenien: TROPINKA für krebskranke Kinder	5
Aserbaidschan: Hohe Geldstrafen für Sonntagsgottesdienst in Privatwohnung	6
Belarus: Keine Gottesdienstbesuche für politische Gefangene	7
Burundi: Christliche Initiative in den ländlichen Regionen	8
China: Kleine Kirchen, große Wirkung	9
Deutschland: Berlin schiebt christlichen Afghanen nach Schweden ab	10
Deutschland: Häusliche Gewalt auf Rekordniveau	11
Deutschland: Situation verfolgter Christen kommt in den Medien zu kurz	12
Deutschland: Streit um Kirchenasyl	13
Gazastreifen: Evakuierung von Patienten aus Gaza	15
Gazastreifen: Palästinenser mit leeren Töpfen	17
Ghana: Vergessener Konflikt im Nordosten flammt wieder auf	18
Ghana: Zwei Minister sterben bei Helikopterabsturz	19
Haiti: Überfall auf Kinderheim	20
Indien: Christlichen und muslimischen Dalits werden keine Vergünstigungen gewährt	21
Indien: Ordensfrauen nach Festnahme auf Kautionsfreigabe	22
Indonesien: Angriffe auf Kirchen und christliche Schulen	23
Indonesien: Grundstein für das „Haus des heiligen Kamillus“ in Nita gelegt	24
Indonesien: Mehrere Männer greifen Gebetshaus an	25
Irak: Patriarch Sako zum 11. Jahrestag der Vertreibung der Christen aus der Ninive-Ebene	26
Israel: Geiselbruder zu Vereinten Nationen - "Ihr Schweigen ist Komplizenschaft"	27
Pakistan: Christ stirbt nach Jahren der Vernachlässigung im Gefängnis	29
Pakistan: Christlicher Regierungsangestellter festgenommen	30
Russland: Altkatholischer Priester wegen Antikriegspredigt zu Geldstrafe verurteilt	31
Russland: Gemeinde musste Raum verlassen, weil sie eine Freikirche ist	32
Sudan: Verleumdung und Diskriminierung von Frauen	33

Ägypten: Christlicher Konvertit wegen Terrorismus angeklagt

International Christian Concern – Die ägyptischen Behörden haben Saeid Mansour Abdulraziq, einen vom Islam zum Christentum konvertierten Mann, am 22. Juli wegen Terrorismus angeklagt, nachdem er beantragt hatte, seine Ausweispapiere von muslimisch auf christlich ändern zu lassen.

Abdulraziq wurde am 15. Juli in Kairo festgenommen, nachdem er um die Änderung der Dokumente gebeten hatte. Weitere Anklagepunkte sind „Schaffung von Unruhen“ und „Verbreitung von Falschinformationen“.

Ein in Kairo ansässiger christlicher Anwalt, Saeid Fayaz, erklärte gegenüber Christian Solidarity International, dass viele Menschen, die in Ägypten zum Christentum konvertieren, aufgrund ihres Glaubens ein schwieriges Leben führen.

„Tausende christliche Konvertiten in Ägypten haben keine Rechte und erhalten kaum Unterstützung“, sagte Fayaz. „Sie leben isoliert und in ständiger Angst.“

Im Jahr 2016 konvertierte Abdulraziq zum Christentum und trat der russisch-orthodoxen Kirche in Ägypten bei. Er wurde von seiner Familie verstoßen und nach seiner öffentlichen Verkündigung des Evangeliums schikaniert.

Nachdem er 2018 nach Russland gezogen war und den Islam kritisiert hatte, wurde Abdulraziq für ein Jahr inhaftiert, bevor er 2024 nach Ägypten abgeschoben wurde.

Erst als Abdulraziq eine Änderung seiner Dokumente beantragte, um seine christliche Identität widerzuspiegeln, verhafteten ihn die ägyptischen Behörden.

Der Kampf um Religionsfreiheit in Ägypten, einem mehrheitlich muslimischen Land, ist weiterhin mit Schwierigkeiten verbunden. Dies ist laut dem Global Persecution Index 2025 der International Christian Concern (ICC) zum Teil auf Blasphemiegesetze, radikale islamistische Gruppen und diskriminierende Lehrpläne zurückzuführen.

„Christen in Ägypten erleben seit langem Widerstand von der lokalen muslimischen Mehrheit“, heißt es in dem Bericht. „Dies kann viele Formen annehmen, darunter Widerstand gegen die religiöse Konversion einer Person und weit verbreitete Proteste gegen Verbesserungen an lokalen Kirchen.“

Der Bericht von ICC erklärt auch, dass bestimmte ägyptische Schulen negative und vorurteilsbehaftete Ansichten gegenüber religiösen Minderheiten vertreten. Es ist bekannt, dass Bildungseinrichtungen „Diskriminierung und Hass gegen religiöse Minderheiten, darunter Christen und Juden“ lehren.

In ihrem Bericht über Ägypten vom Februar 2025 stellte die United States Commission on International Religious Freedom fest, dass bestimmte ägyptische Lehrbücher „Juden als ‚von Natur aus verräterisch‘ und Feinde des Islam diffamieren; Christen und andere, die sich weigern, zum Islam zu konvertieren, als ‚Ungläubige‘; und Bahá'í und Ahmadiyya-Muslime als ‚esoterische‘ Sekten des Islam“.

Darüber hinaus „lehren andere Passagen, dass Gewalt gegen diejenigen, die sich nicht an eine bestimmte Auslegung der Religion halten, erlaubt ist, was Bedenken hinsichtlich der Religionsfreiheit aufwirft“.

Der Fall Abdulraziq ist noch nicht abgeschlossen, und das Urteil ist derzeit noch nicht bekannt.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

International Christian Concern – Die ägyptischen Behörden haben Saeid Mansour Abdulraziq, einen vom Islam zum Christentum konvertierten Mann, am 22. Juli wegen Terrorismus angeklagt, nachdem er beantragt hatte, seine Ausweispapiere von muslimisch auf christlich ändern zu lassen.

Abdulraziq wurde am 15. Juli in Kairo festgenommen, nachdem er um die Änderung der Dokumente gebeten hatte. Weitere Anklagepunkte sind „Schaffung von Unruhen“ und „Verbreitung von Falschinformationen“.

Ein in Kairo ansässiger christlicher Anwalt, Saeid Fayaz, erklärte gegenüber Christian Solidarity International, dass viele Menschen, die in Ägypten zum Christentum konvertieren, aufgrund ihres Glaubens ein schwieriges Leben führen.

„Tausende christliche Konvertiten in Ägypten haben keine Rechte und erhalten kaum Unterstützung“, sagte Fayaz. „Sie leben isoliert und in ständiger Angst.“

Im Jahr 2016 konvertierte Abdulraziq zum Christentum und trat der russisch-orthodoxen Kirche in Ägypten bei. Er wurde von seiner Familie verstoßen und nach seiner öffentlichen Verkündigung des Evangeliums schikaniert.

Nachdem er 2018 nach Russland gezogen war und den Islam kritisiert hatte, wurde Abdulraziq für ein Jahr inhaftiert, bevor er 2024 nach Ägypten abgeschoben wurde.

Erst als Abdulraziq eine Änderung seiner Dokumente beantragte, um seine christliche Identität widerzuspiegeln, verhafteten ihn die ägyptischen Behörden.

Der Kampf um Religionsfreiheit in Ägypten, einem mehrheitlich muslimischen Land, ist weiterhin mit Schwierigkeiten verbunden. Dies ist laut dem Global Persecution Index 2025 der International Christian Concern (ICC) zum Teil auf Blasphemiegesetze, radikale islamistische Gruppen und diskriminierende Lehrpläne zurückzuführen.

„Christen in Ägypten erleben seit langem Widerstand von der lokalen muslimischen Mehrheit“, heißt es in dem Bericht. „Dies kann viele Formen annehmen, darunter Widerstand gegen die religiöse Konversion einer Person und weit verbreitete Proteste gegen Verbesserungen an lokalen Kirchen.“

Der Bericht von ICC erklärt auch, dass bestimmte ägyptische Schulen negative und vorurteilsbehaftete Ansichten gegenüber religiösen Minderheiten vertreten. Es ist bekannt, dass Bildungseinrichtungen „Diskriminierung und Hass gegen religiöse Minderheiten, darunter Christen und Juden“ lehren.

In ihrem Bericht über Ägypten vom Februar 2025 stellte die United States Commission on International Religious Freedom fest, dass bestimmte ägyptische Lehrbücher „Juden als ‚von Natur aus verräterisch‘ und Feinde des Islam diffamieren; Christen und andere, die sich weigern, zum Islam zu konvertieren, als ‚Ungläubige‘; und Bahá'í und Ahmadiyya-Muslime als ‚esoterische‘ Sekten des Islam“.

Darüber hinaus „lehren andere Passagen, dass Gewalt gegen diejenigen, die sich nicht an eine bestimmte Auslegung der Religion halten, erlaubt ist, was Bedenken hinsichtlich der Religionsfreiheit aufwirft“.

Der Fall Abdulraziq ist noch nicht abgeschlossen, und das Urteil ist derzeit noch nicht bekannt.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Armenien: TROPINKA für krebskranke Kinder

(Licht im Osten, Suren A., Jerewan, Leiter von LICHT IM OSTEN Armenien) schreibt: „Die in diesem Jahr herausgegebene Kinderbibel aus der TROPINKA-Bibliothek ist sowohl von Kindern als auch von Erwachsenen mit Begeisterung aufgenommen worden. In armenischen Familien ist es Tradition, eine Kinderbibel zu besitzen, auch wenn sie jahrelang ungelesen im Regal steht. Anfang der 90er Jahre hatte die Apostolische Kirche Kinderbibeln in großer Auflage gedruckt, die schnell vergriffen waren. Nun besteht ein großer Bedarf an neuen Ausgaben, denn die alten sind kaum noch zu finden und die neuen sind zu teuer. Wir hatten keine Ahnung gehabt, dass diese Neuerscheinung so gefragt sein würde.“

> Danken Sie mit uns für dieses Geschenk Gottes, dass unsere Kinderbibel an solch eine Tradition im Land anknüpfen kann.
> Und wir beten dafür, dass die Familien eifrig die Kinderbibel studieren und Gottes Geist viele zum persönlichen Glauben an Christus führt.

„Vor kurzem wurden aufgrund eines Vorfalls in einem onkologischen Zentrum die Regeln für die Verteilung von Geschenken und geistlicher Literatur verschärft. Nun freuen wir uns, dass die Kinderbibel alle Hindernisse überwunden hat und in die Hände krebskranker Kinder gelangt ist. Man kann es kaum beschreiben, wie glücklich sie und ihre Eltern waren. Zusätzlich zu den Büchern hatten wir kleine Geschenke für sie vorbereitet. Diese hatten verglichen mit den Büchern ihre Anziehungskraft verloren. Die Bücher wurden anlässlich des Auferstehungsfestes und des Internationalen Kindertages verteilt.“ **Bitte beten Sie dafür,**

> dass Gottes Wort in dieser kindgerechten Form den krebskranken Kindern und ihren Familien echten Trost und eine lebendige Hoffnung bringt, die über den Tod hinausreicht. Wir wurden auch von vielen gebeten, Bibeln zum Verteilen während der Sommeraktivitäten weiterzugeben. Leider können wir nicht all diese Wünsche erfüllen, da die Anzahl der Bücher begrenzt ist.“

> Bitte beten Sie, dass diejenigen, die bei diesen Gelegenheiten die Bibeln erhalten haben, sich dadurch zu einem Leben mit Jesus Christus einladen lassen.

Aserbaidshon: Hohe Geldstrafen für Sonntagsgottesdienst in Privatwohnung

Ein Haus in Nachitschewan, in dem sich Christen ohne staatliche Erlaubnis zum Gottesdienst versammeln, wurde von den Behörden überwacht. An einem Sonntag im April kam es zu einer Razzia mit Beteiligung von etwa 20 Beamten. Zwei Gottesdienstbesucher aus Baku, die der registrierten Vineyard Gemeinde angehören, wurden festgenommen und zwei Tage ohne Nahrung festgehalten. Die Polizei erstattete Anzeige gegen die beiden, sowie gegen zwei ortsansässige Gottesdienstbesucher. Alle fünf wurden am 19. Juni zu Geldstrafen in Höhe von etwa drei durchschnittlichen Monatsgehältern verurteilt. Die Bezahlung der Strafen wird den Betroffenen nach Angaben einer mit dem Fall vertrauten Person schwerfallen. Sehr hohe Kosten entstanden den Angeklagten aus Baku durch die Anreise zu den mehrmals verschobenen Gerichtsterminen, da die von iranischem, armenischen und türkischem Staatsgebiet umgebene Exklave Nachitschewan von Baku aus nur mit dem Flugzeug zu erreichen ist. Die Mitglieder der koreanischen Familie, in deren Wohnung die Gottesdienste stattfanden, wurden ebenfalls mit einer Geldstrafe belegt und allem Anschein nach aus Aserbaidshon abgeschoben.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 1. August 2025)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ

Belarus: Keine Gottesdienstbesuche für politische Gefangene

Forum 18: Hinter Gittern gibt es nur orthodoxe Kapellen

Oslo (IDEA) – Für politische Gefangene in Weißrussland (Belarus) gibt es keine Religions- und Glaubensfreiheit hinter Gittern. Das berichtet die Menschenrechtsorganisation „Forum 18“ (Oslo) unter Berufung auf Aussagen von vier freigelassenen politischen Häftlingen. Sie waren am 21. Juni als Teil einer Gruppe von insgesamt 14 Inhaftierten überraschend ins Nachbarland Litauen abgeschoben worden. Der Journalist von Radio Free Europe/Free Liberty Ihar Karnei berichtete gegenüber „Forum 18“, dass es ausschließlich orthodoxe Gefängniskapellen hinter Gittern gebe. „Gott ruft dich vielleicht in die Kirche, aber die Beamten entscheiden“, beschrieb er die erlebten Beschränkungen. Der orthodoxe Christ und bekannte Oppositionelle Sergej Tichanowski berichtete, dass ihm über fünf Jahre lang der Zugang zu einem Priester verwehrt worden sei. Nach den Worten des 25-jährigen Anarchisten Akikhiro Hayeuski-Hanada war es bis Anfang 2023 für politische Gefangene noch möglich gewesen, den orthodoxen Gottesdienst im Arbeitslager Nr. 17 in Schklou zu besuchen. Danach wurde dies verboten, da die Gefängnisleitung befürchtete, die politischen Gefangenen könnten nach dem Gottesdienst miteinander sprechen. Auch der Zugang zu Sportanlagen sei politischen Gefangenen seither verwehrt. Die ehemalige Dozentin für italienische Sprache an der Staatlichen Linguistischen Universität Minsk, Natallia Dulina, berichtete gegenüber „Forum 18“, für nicht-orthodoxe Gefangene gebe es grundsätzlich keine Möglichkeit zum Gottesdienstbesuch. Sie erinnerte an eine katholische Mitgefangene, die einen Antrag auf Besuch der orthodoxen Kapelle im Arbeitslager Nr. 4 für Frauen in Gomel stellte. Doch der Antrag sei abgelehnt worden. Die Leitung der Gefängnisse, in denen die vier Gefangenen saßen, wollte sich gegenüber „Forum 18“ zu den Anschuldigungen nicht äußern. Der verweigerte Zugang zu Gottesdiensten, religiöser Literatur und Besuchen von Geistlichen verstößt gegen die UN-Mindestgrundsätze für die Behandlung von Gefangenen. Laut „Forum 18“ sollen noch über 1.000 politische Gefangene in den Gefängnissen von Belarus sitzen. Seit Juli 2024 soll die dortige Regierung 314 Personen freigelassen haben. Wie es aus den Kreisen von Menschenrechtlern heißt, hofft Präsident Alexander Lukaschenko, so die Beziehungen zur Europäischen Union verbessern zu können. Etwa 78 Prozent der rund 9,5 Millionen Einwohner von Belarus sind Christen, davon der Großteil orthodox. Fast 22 Prozent sind nicht religiös.

Burundi: Christliche Initiative in den ländlichen Regionen

Seit einigen Jahren ermöglicht eine von australischen Christen finanzierte Initiative burundischer Christen mehr als 150 armen Familien, ihre Häuser mit regensicheren Dächern auszustatten, indem Gras oder Blätter durch Metallbleche ersetzt werden. Eine ähnliche Initiative hat nun kleine Solarzellen installiert, um mehr als 50 zuvor dunkle Häuser mit Licht zu versorgen. Die Projekte, die pro Haus 175 bis 250 US-Dollar kosten, zielen darauf ab, „allen Menschen Gutes zu tun, besonders denen, die zum Haus der Gläubigen gehören“ (Gal 6,10). Ein Begünstigter der Dachsanierung sagte: „Jetzt können wir das Lied des Regens auf dem Dach hören, anstatt nass zu werden oder im Haus eines Nachbarn zu schlafen. Gott ist gut!“ Ein Begünstigter der Solaranlage sagte: „Als mein Lehrer mir zu meinen besseren Hausaufgaben gratulierte, sagte ich, dass das daran liegt, dass wir jetzt nachts Licht in unserem Haus haben. Lobet den Herrn.“ Lokale Regierungsbeamte, die christliche Dienste manchmal behindert haben, unterstützen diese nun, nachdem sie gesehen haben, wie Christen den Armen helfen. Beide Projekte laufen weiter.

WORLDNEWS 320 Bridgeway Publications 15 July 2025 übersetzt und bearbeitet AKREF

China: Kleine Kirchen, große Wirkung

(AVC) Pastor Shu* ist vor 13 Jahren mit seiner Familie in eine Großstadt im Südosten Chinas gezogen. Da er seither unter den Arbeitsimmigranten aus anderen Provinzen evangelisiert, sind zahlreiche Hauskirchen entstanden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer leben Jüngerschaft und bilden in ihrer Mitte immerwährend Personen in der Weitergabe des Glaubens aus. Diese gründen ihrerseits Hauskirchen. Mittlerweile gehören schon rund 100 Hauskirchen zu einem Netzwerk, das von Pastor Shu geleitet wird.

Um zu verhindern, von der Regierung entdeckt zu werden, treffen sich immer nur maximal 20 Leute. Alle sind vorbereitet und wissen, was zu tun ist: »Habt immer Fenster und Türen im Blick! Bereitet mental einen Fluchtplan vor, damit ihr wisst, wohin ihr rennen müsst, falls die Polizei kommt!«, lautet die Devise. Die Häuser und Wohnungen wechseln aus Sicherheitsgründen ab.

Pastor Shu, ein Pastor aus dem Netzwerk unseres Partners, erzählt uns vom außergewöhnlichen Dienst von Fang*. Die ältere Frau wohnt auf dem Land und nimmt Personen bei sich auf, die aufgrund von psychischen Erkrankungen oder von dämonischen Belastungen als hoffnungslose Fälle gelten. Aktuell beherbergt sie 30 Personen. Es kommt vor, dass Familien solche Angehörige bei ihr abgeben und dann verschwinden, weil sie nichts mehr mit ihnen zu tun haben wollen. Fang betet mit den Menschen, kocht für sie, liest ihnen aus der Bibel vor. Ein, zwei Monate später sind sie geheilt und gesund. Fangs »Erfolgsquote« liegt bei 90 bis 95 %. Pastor Shu hat nun ein paar Bibelschüler zu ihr geschickt, um sie in ihrer Arbeit zu unterstützen und von ihr zu lernen.

* Namen geändert

Wir beten,...

... für die Sicherheit von Pastor Shu und den Hauskirchen in seinem Netzwerk,

... für die weitere Multiplikation der Hauskirchen in China,

... um Segen und Schutz für Fang und ihre Schützlinge.

Deutschland: Berlin schiebt christlichen Afghanan nach Schweden ab

Der junge Mann hatte das Kirchenasyl verlassen und war auf die Straße gegangen

Berlin (IDEA) – Die Dreieinigkeits-Gemeinde in Berlin-Steglitz hat drei Afghanan Kirchenasyl gewährt. Nun wurde einer von ihnen festgenommen, als er das Gelände der zur Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) gehörenden Gemeinde verließ. Wie ihr Pfarrer Gottfried Martens im Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“ sagte, macht er der Polizei keinen Vorwurf: „Sie haben ihre Aufgabe getan. Natürlich war das eine unsägliche Dummheit von dem Jungen, da rauszugehen.“ Er mache sich Sorgen um den psychisch angeschlagenen 26-Jährigen, der „tief fromm“ sei. Die Gemeinde habe ihm darum nicht zu viel Angst machen wollen. Er habe aber gewusst, dass er nicht auf die Straße gehen dürfe. Warum der junge Mann trotzdem vor die Tür gegangen sei, wisse er nicht. Dort hätten Berliner Beamte in Zivil gewartet und zugegriffen: „Das habe ich so auch noch nicht erlebt.“ Er habe dem Afghanan noch Kleidung „in den Abschiebegewahrsam“ bringen können: „Dann ging es, soweit ich weiß, am nächsten Tag in die Abschiebehaft nach Glücksburg in Schleswig-Holstein, dann von dort unter Begleitung von zwei Beamten und eines Arztes mit dem Zug nach München und von dort mit dem Flieger nach Stockholm.“ Hintergrund: Um das Kirchenasyl der drei Männer hatte es Streit zwischen Hamburg und Berlin gegeben. In einem [Brief](#) hatte der Hamburger Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) den Berliner Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (CDU) aufgefordert, die Asylbewerber nach Hamburg zu überstellen. Von dort aus sollten sie nach Schweden abgeschoben werden, das für ihr Asylverfahren zuständig ist.

Fünffährige Einreisesperre

Nun unterliege der Mann, so Martens, einer fünfjährigen Einreisesperre, ein erneutes Kirchenasyl sei nicht möglich. Schweden habe zwar 2024 und 2025 nicht nach Afghanistan abgeschoben, aber ob das so bleibe, sei unsicher. Der Afghane habe rund zehn Jahre in Schweden gelebt und sei dort auch Christ geworden. Er sei nach Deutschland geflohen, weil er in Schweden ein Dokument erhalten habe, dem zufolge er nach Afghanistan abgeschoben werden solle: „Dort droht ihm der Tod als Christ.“ Er mache sich Sorgen, dass der Mann sich etwas antun könnte. Zuvor hatte sich der Bischof der SELK, Hans-Jörg Voigt (Hannover), hinter Martens gestellt und seine Gemeinde gelobt: „Ich wünschte mir eine solche Glaubensfestigkeit und Verbindlichkeit für manche unserer Gemeinden.“

Deutschland: Häusliche Gewalt auf Rekordniveau

Über 265.000 Menschen wurden 2024 Opfer häuslicher Gewalt

Berlin (IDEA) – Die Zahl der Opfer häuslicher Gewalt in Deutschland hat 2024 ein neues Rekordniveau erreicht. Wie die „Welt am Sonntag“ unter Berufung auf die Polizeiliche Kriminalstatistik berichtet, wurden im vergangenen Jahr insgesamt 265.942 Menschen Opfer häuslicher Gewalt – ein Anstieg um 3,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Damit wird statistisch alle zwei Minuten ein Mensch in Deutschland von einem Partner, Ex-Partner oder nahen Verwandten misshandelt. Innerhalb von fünf Jahren ist die Zahl um knapp 14 Prozent gestiegen. Nach Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA) umfasst häusliche Gewalt körperliche, sexuelle und psychische Übergriffe innerhalb von Partnerschaften oder Familien. Etwa drei Viertel der Tatverdächtigen sind laut der Sonntagszeitung Männer. Etwa 70 Prozent besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit. Besonders betroffen sind Frauen: Sie machen 73 Prozent aller Opfer aus, bei partnerschaftlicher Gewalt liegt ihr Anteil bei fast 80 Prozent. In mehr als der Hälfte der Fälle handelt es sich um einfache oder gefährliche Körperverletzungen. Ein Viertel entfällt auf Bedrohung, Nötigung sowie Stalking und vier Prozent auf sexuelle Straftaten.

Deutschland: Situation verfolgter Christen kommt in den Medien zu kurz

Lars Rohwer, Vorsitzender des Stephanuskreises wünscht sich mehr Aufmerksamkeit

Dresden/Köln (IDEA) – Der Vorsitzende des Stephanuskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Lars Rohwer (Dresden), wünscht sich mehr Aufmerksamkeit für das Thema Christenverfolgung in Deutschland: „Die Situation verfolgter Christen kommt in der deutschen Berichterstattung immer wieder zu kurz“, sagte der evangelisch-lutherische Christ im Interview mit „domradio.de“ (Köln). Er sei zudem überzeugt, dass das Thema stärker mit der deutschen Außenpolitik verknüpft werden müsse. Er sei vor dem Hintergrund dankbar, dass Bundeskanzler Friedrich Merz Thomas Rachel (beide CDU) zum Beauftragten für Religions- und Weltanschauungsfreiheit ernannt habe: „Das gibt mir Hoffnung, dass wir das Thema gerade mit seiner Person auch in der deutschen Außenpolitik künftig prägnanter und klarer positionieren können.“ Rohwer nahm auch zum Zusammenhang zwischen den Themen Christenverfolgung und Religionsfreiheit Stellung. Seine Vorgängerin an der Spitze des Stephanuskreises, die Katholikin Monika Grütters, habe den Fokus auf das größere Thema Religionsfreiheit erweitert. Denn überall dort, wo Religionsfreiheit gewährleistet sei, könnten auch Christen ihren Glauben frei leben, so Rohwer. Der nach dem ersten christlichen Märtyrer benannte Stephanuskreis ist ein überkonfessionelles Gesprächsforum innerhalb der Unionsfraktion im Bundestag, der sich für den Schutz verfolgter Christen und die Wahrung der Religionsfreiheit einsetzt.

Deutschland: Streit um Kirchenasyl

„Können nicht zusehen, wenn Glaubensgeschwister in den Tod abgeschoben werden“

(Von PRO/ 31. Juli 2025) Hamburg und Berlin streiten um vier afghanische Konvertiten, die in einer Berliner Kirche Asyl erhalten haben. Pfarrer Martens kann den Trubel nicht nachvollziehen – und kritisiert, dass der Staat sich erlaubt, den Glauben von Christen zu beurteilen.

Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher hat der Berliner Landesregierung scharfe Vorwürfe gemacht. Grund sind vier afghanische Konvertiten, welchen in einer Kirchengemeinde der Selbstständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) in Berlin-Steglitz Kirchenasyl gewährt wird (lesen Sie [hier](#) den Bericht dazu). Tschentscher fordert eine Überstellung der afghanischen Asylbewerber nach Schweden, dem Land, in dem die Flüchtlinge zuerst einen Asylantrag gestellt hatten. Der Pfarrer der Kirchengemeinde nimmt im PRO-Interview Stellung.

PRO: Wie haben Sie von den Vorwürfen erfahren und davon, was danach geschah?

Gottfried Martens: Erfahren haben wir es von der Presse. Wir waren erstmal erstaunt, dass sie ein so großes Bohei machen. Dabei entstand der Eindruck, dass sich unser spezifischer Fall von anderen Kirchenasylfällen unterscheiden würde. Das ist Quatsch. Wir machen genau dasselbe wie andere Kirchen auch. Bei den Vorwürfen des Hamburger Bürgermeisters handelte es sich offenkundig um eine politische Aktion. Es ging nicht um eine sachliche Klärung, sondern darum, dass Herr Tschentscher zeigen wollte, dass er der harte Mann ist.

Berlins Regierender Bürgermeister, Kai Wegner, weist Tschentschers Vorwürfe zurück, stellt sich hinter das Kirchenasyl und antwortet dem Hamburger Bürgermeister provokant. Die Berliner Landesregierung habe der Hamburger Polizei angeboten, die Flüchtlinge selbst aus der Kirche zu holen. Waren Sie überrascht davon? Hat der Bürgermeister sich vorher mit Ihnen abgestimmt?

Nein, persönlich abgesprochen hatten wir uns nicht. Wir haben generell ein gutes Verhältnis zur Senatsverwaltung und wussten von der Haltung des Berliner Senates. Für uns war es somit keine Überraschung. Natürlich freuen wir uns trotzdem.

Wie kommt es eigentlich dazu, dass die afghanischen Flüchtlinge bei Ihnen Kirchenasyl erhalten haben?

Die vier Männer, um die es geht, haben nach zehn Jahren Aufenthalt in Schweden einen Abschiebebescheid nach Afghanistan bekommen. Daraufhin sind sie nach Deutschland geflohen. Sie sind geistlich erfahrene Christen und mittlerweile fester Teil unserer Gemeinde. Wenn sie nach Afghanistan abgeschoben werden, müssen sie um ihr Leben fürchten. Wir haben es selber erlebt, dass ein Gemeindeglied nach Afghanistan abgeschoben wurde und nach relativ kurzer Zeit offenkundig dort umgebracht worden ist.

„Wenn das Leben von Christen akut in Gefahr ist, dürfen wir uns nicht wegducken.“

Pfarrer Gottfried Martens

Warum würden Sie als Pfarrer und Christ sagen, ist Kirchenasyl wichtig in Deutschland?

Weil wir eine Verantwortung haben für unsere Glaubensgeschwister. Wir können nicht zusehen, wenn Glaubensgeschwister in den Tod abgeschoben werden. In Galater 6 lesen wir: „Lasst uns Gutes tun an jedermann, allermeist an eines Glaubensgenossen.“ Und das ist unser erster Leitsatz. Das heißt, wenn das Leben von Christen akut in Gefahr ist, dürfen wir uns nicht wegducken.

Wie prüfen Sie, wer bei Ihnen Kirchenasyl beantragen kann und wer nicht?

Meistens kennen wir die Antragsteller schon vorher. Bis zur Erstellung des Dossiers ist zusätzlich ein Monat Zeit. In dieser Zeit lebt man zusammen und hat die Möglichkeit, intensive Gespräch zu führen. In dieser Zeit können wir feststellen, ob die Person wirklich Christ ist und ob ihr Verfolgung in ihrem Heimatland drohen würde.

Die CDU fordert, wenn die Kirche Flüchtlingen Kirchenasyl gewährt, dann sollte sie sich langfristig auch finanziell um diese Menschen kümmern. Was halten Sie davon?

Das sind immer wieder dieselben Drohkulissen. Wir machen das Ganze ja nicht zu unserem eigenen Vorteil. Abgesehen davon ist jedes Kirchenasyl eine simple Bitte an den Staat, den Einzelfall zu respektieren. Mehr machen wir nicht. Wir stehen da nicht mit Kalaschnikows und verteidigen die Leute. Wenn die Polizei das Kirchenasyl beendet, können und werden wir sie nicht mit Gewalt davon abhalten.

Was läuft falsch im deutschen Asylsystem?

Zwei Dinge. Erstens die Frage, ob staatliche Stellen tatsächlich dazu in der Lage sind, besser als die zuständigen Seelsorger den Glauben von konvertierten Christen zu beurteilen. Der Staat führt siebenstündige Interviews, um die Betroffenen mit Fragen zu konfrontieren wie: Was ist Shibolet, und was steht in der Bibel darüber, ob Frauen Männerkleidung tragen dürfen? Nicht jeder in unserer Gemeinde hat eine Universitätsausbildung. Gerade viele Afghanen können sich nur sehr schlicht ausdrücken. Die sich immer wiederholende Geschichte lautet: Ein Pastor bescheinigt einem Menschen aufgrund seiner Erfahrungen und Gespräche mit ihm, ein ernsthaft konvertierter Christ zu sein. Die staatliche Behörde berücksichtigt die Bescheinigung überhaupt nicht und erklärt, dass die Ausführungen des Betreffenden ihren Ansprüchen an einen konvertierten Christen nicht genügen. Das Resultat: Der Abschiebungsbescheid. Und zweitens die Frage: Sollte man prinzipiell Christen noch nach Afghanistan abschieben dürfen? Bereits im Jahr 2018 hatte das Auswärtige Amt – das war noch vor den Taliban – gesagt: Schon allein der Verdacht, dass jemand Christ sein könnte, sei in Afghanistan lebensgefährlich.

Was wird mit den vier afghanischen Konvertiten passieren?

Ich hoffe, dass unser Kirchenasyl respektiert wird und weiter nach den Dublin-Regeln verfahren wird.

Vielen Dank für Ihre Zeit!

Von: Christian Biefel

Um die Abschiebung von afghanischen Konvertiten ist ein Streit entbrannt. Dabei geht es um die Wahrung des Kirchenasyls.

Von Norbert Schäfer/ 28. Juli 2025

Über einen Fall von Kirchenasyl afghanischer Konvertiten ist offenbar ein Streit entbrannt. Wie der [„Spiegel“](#) am Montag berichtet, hat Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) der Berliner Landesregierung scharfe Vorwürfe gemacht.

In einem Brief an den Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (CDU) beklagt Tschentscher demnach, dass „das Zusammenwirken von Kirchengemeinden und Berliner Polizei (...) den Vollzug von Recht und Gesetz verhindert“. Wie der [„Spiegel“](#) berichtet, dreht sich der Streit um vier Asylsuchende aus Afghanistan, die nach Schweden überstellt werden sollen. Dort hatten die Männer zuerst den Asylantrag gestellt. Durchsetzen müsste die Überstellung nach Schweden demnach die Hamburger Polizei, denn dort sind die Asylsuchenden gemeldet. Das ist jedoch nicht der aktuelle Aufenthaltsort der Afghanen, denn die haben Kirchenasyl in Berlin gefunden.

Die betroffenen Männer leben derzeit im Kirchenasyl der evangelischen Dreieinigkeitskirche von Pastor Gottfried Martens in Berlin-Steglitz. Sie waren vom Islam zum Christentum konvertiert und fürchten nach eigenen Angaben Verfolgung und Lebensgefahr bei einer Rückkehr nach Afghanistan.

Wegner hat die Vorwürfe aus Hamburg zurückgewiesen. In Berlin werde das Kirchenasyl geachtet. Zudem habe man der Polizei Hamburg angeboten, die Asylsuchenden in eigener Regie aus der Kirche zu holen. Hamburg habe den Vollzug letztlich selbst unterlassen.

Pastor Martens, in dessen Gemeinde die Geflüchteten untergebracht sind, erklärte gegenüber dem [„Spiegel“](#), dass in Schweden Druck auf die Afghanen ausgeübt werde, „freiwillig“ zurück in die Heimat zu gehen.

Der Fall sorgt für Diskussionen über die Grenzen des Kirchenasyls und den Umgang mit konvertierten Flüchtlingen. Juristisch ist das Kirchenasyl nicht bindend, wird von Behörden jedoch in der Regel respektiert. In Hamburg werde in der Bürgerschaft über die Abschaffung des Kirchenasyls nachgedacht, berichtet der [„Spiegel“](#). Auch darüber, gegen die „beteiligten Personen“ Strafverfahren einzuleiten.

Gazastreifen: Evakuierung von Patienten aus Gaza

„Nur Leute aus dem Umfeld der Hamas bekommen Hilfsgüter“

Von Israelnetz/ 31. Juli 2025 Palästinenser aus dem Gazastreifen warten an der Grenze zu Israel auf die Evakuierung aus medizinischen Gründen. Auf die Hamas sind sie nicht gut zu sprechen.

KEREM SCHALOM (inn) – Seit Beginn des Krieges sind mehr als 3.700 Bewohner aus dem Gazastreifen evakuiert worden. Die meisten von ihnen waren Patienten oder deren Begleitpersonen. Die Behörde für Regierungsaktivitäten in den Gebieten (COGAT) stimmt sich dabei mit der Europäischen Union und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ab. Am Mittwoch gab es erneut eine solche Aktion, wie die Zeitung „Yediot Aharonot“ berichtet.

Weil Ägypten den Rafah-Übergang geschlossen hat, laufen die Evakuierungen über Kerem Schalom ab. Die Palästinenser gelangen nach Israel und reisen entweder über den südisraelischen Ramon-Flughafen oder über den Allenby-Übergang an der Grenze zu Jordanien aus.

„Gerede der Führung ist Blödsinn“

Die Journalistin Einav Halabi sprach am Übergang Kerem Schalom mit mehreren Palästinensern. Dabei bekam sie Kritik an der Terrorgruppe Hamas zu hören.

Ein Familienvater namens Mahna sagte etwa, die Hilfsgüter würden nicht gleichmäßig verteilt: „Nur, wer zum Umfeld der Hamas gehört oder als Teil des Apparates gilt, erhält die Hilfe. Einfache Leute wie wir erhalten nichts.“ Er benötige am Tag allein umgerechnet rund 13 Euro für Brot. Eine Pita koste bei der Hamas 3 Euro. „Die Lage ist unerträglich. Wir können nicht standhalten, und alles Gerede der Führung ist nur Blödsinn.“ Die Ausreise aus Gaza bringe Hoffnung auf ein neues Leben.

Normalerweise wird ein Patient mit ein oder zwei Helfern evakuiert. Doch Mahna darf mit seiner Frau und den drei Kindern nach Frankreich ausreisen. Ein Sohn leidet an Krebs.

Der Vater sollte am 8. Oktober 2023 eigentlich eine Arbeitsstelle in Israel antreten. Er hatte lange auf die Genehmigung gewartet. „Ich war aufgeregt und voller Hoffnung, aber nach dem 7. Oktober änderte sich alles.“ Infolge des Terrormassakers der Hamas erklärte Israel die Arbeitsgenehmigungen für ungültig. Mahna und seine Familie hoffen, dass sie nach der Krebsbehandlung als Flüchtlinge in Frankreich bleiben dürfen.

Plünderer und Diebe

Seit März hat Israel den Prozess erleichtert. In der Folge stieg die Quote der Antragsteller. Die Mehrheit der Anfragen wird bewilligt. Jede Woche gibt es mindestens eine Evakuierungsaktion, schreibt „Yediot Aharonot“.

Omar Hajari aus Chan Junis möchte seinen zweijährigen Sohn zur Behandlung nach Frankreich bringen. Dieser wurde von Trümmern am Bein getroffen und schwer an der Hauptvene verwundet. Der Vater hofft, seine Familie nachholen zu können. Seine Frau ist im achten Monat schwanger, außerdem haben sie einen Sohn und eine Tochter.

Vor dem 7. Oktober führte der Palästinenser einen Süßwarenladen. Nun lebt er in einem Zelt. „Ich bekomme keine Unterstützung. Nur die Plünderer und die Diebe nehmen alles.“ Er kritisierte, dass die Hamas-Führung teilweise im Ausland lebe und die Lage in Gaza nicht mitbekomme.

Auch Walid Albas ist unzufrieden mit der Hamas: „Die Führung sitzt mit vollem Bauch da, und wir leiden still.“ Damit erhebt er denselben Vorwurf gegen die Terrorgruppe wie COGAT. Zwei seiner Kinder wurden bei einem Luftangriff verletzt. „Ich hoffe, dass wir es schaffen, sie so zu versorgen, wie es nötig ist, und nach Hause zurückkehren. Hier am Übergang Kerem Schalom hat man uns gut behandelt – man gab uns Essen, Wasser und medizinische Versorgung.“

Zu den Aufnahmeländern zählen Ägypten, Jordanien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Auch Kanada und die USA nehmen Patienten auf. In Europa sind es unter anderen Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Norwegen und Spanien. Nach Angaben der COGAT könnten mehr Palästinenser evakuiert werden, wenn die Bereitschaft von Drittländern, sie zu versorgen, größer wäre. (eh)

Die ausreisenden Palästinenser bestreiten nicht das Vorhandensein der Hilfsgüter. Sie kritisieren eine ungerechte Verteilung.

Gazastreifen: Palästinenser mit leeren Töpfen

Herzog prangert in Estland Hamas-Inszenierung an

(von Israelnetz/ 7. August 2025) Israels Staatspräsident Jizchak Herzog hat am Mittwoch in Tallinn seinen estnischen Amtskollegen Alar Karis getroffen. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz zeigte er [kürzlich veröffentlichte](#) Bilder der abgemagerten Geiseln Ejjatar David und Rom Braslavski. Daneben hielt er ein Foto, auf dem Gaza-Bewohner mit leeren Töpfen vor der Kamera posieren. Die UN hielten fast 800 Lastwagenladungen zurück, sagte Herzog. Statt deren Verteilung „sehen wir eine PR-Kampagne wie diese, die in einer deutschen Zeitung [enthüllt](#) wurde“. Die Welt solle nicht auf Lügen hereinfallen, sondern die Hamas verurteilen. (eh)

Ghana: Vergessener Konflikt im Nordosten flammt wieder auf

Accra (Fides) - Donatus Akamugri Atanga, der zuständige Minister für die Region Upper East, würdigte bei einem Besuch des Apostolischen Nuntius in Ghana, Erzbischof Julien Kabore, die Rolle der katholischen Kirche bei der Unterstützung von Flüchtlingen und das Engagement im Rahmen der laufenden Friedensbemühungen in der Region.

Der Nuntius besucht die Region im äußersten Nordosten Ghanas, die unter einem seit langem andauernden Konflikt zwischen den Völkern der Mamprusi und der Kusasi leidet, bei dem es vorwiegend um Landbesitzfragen geht. Die Region beherbergt auch Vertriebene aus dem benachbarten Burkina Faso, die vor der Gewalt islamistischer Gruppen in ihrer Heimat fliehen, deren Aktionen unterdessen auch auf dieses Gebiet Ghanas überzugreifen drohen.

Der Minister rief die katholische Kirche dazu auf, ihren Einfluss zu nutzen, um die Einheit zu fördern, und betonte, dass beide in den Konflikt verwickelten Parteien eher geneigt seien, auf die Stimme religiöser Führer zu hören als auf die der Politiker.

Erzbischof Kabore dankte der ghanaischen Regierung und den Menschen in der Region Upper East für ihre anhaltende Gastfreundschaft und Hilfe für die Menschen, die vor der instabilen Lage in Burkina Faso fliehen. Er lobte das intensive Engagement Ghanas für die Aufnahme und den Schutz von Flüchtlingen in Not. Der Nuntius besuchte in Begleitung von Bischof Alfred Agyenta von Navrongo-Bolgatanga das Lager Talkuom, in dem Flüchtlinge aus dem Nachbarland untergebracht sind.

Der lokale Konflikt flammte Ende Juli erneut auf, als drei junge Männer in Bawku bei einem Überfall von Bewaffneten getötet wurden. Die Behörden reagierten, indem sie Sicherheitsbeamte in der Stadt stationierten und eine Ausgangssperre verhängten.

Die Ermordung der drei jungen Männer hat die Angst vor einem Wiederaufflammen des ethnischen Konflikts in der Region zwischen den Gemeinschaften der Mamprusi und Kusasi neu entfacht, verschärft durch anhaltende Warnungen vor einem möglichen Übergreifen islamistischer Gewalt aus dem benachbarten Burkina Faso.

Der Konflikt zwischen den beiden Gemeinschaften geht auf einen langjährigen Streit über die Rolle der Stammesführer der Mamprusi und Kusasi zurück. In der Vergangenheit beanspruchten die Mamprusi die traditionelle Autorität über das Bawku-Gebiet, während die Kusasi ihre Rechte als Bevölkerungsmehrheit einforderten.

Beide Gruppen beanspruchen die prestigeträchtige Rolle des Ortsvorstehers von Bawku, was immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen führt. Der Streit geht auf die vorkoloniale Zeit zurück und verschärfte sich nach der Unabhängigkeit Ghanas im Jahr 1957, als die aufeinander folgenden Regierungen die Rolle der Häuptlinge ausnutzten, um sich politische Vorteile zu verschaffen. Diese Manipulation verschärfte die Spannungen und verwandelte eine lokale Konflikte in eine lang anhaltende Fehde. Nun besteht die Befürchtung, dass islamistische Gruppen aus dem benachbarten Burkina Faso die Spannungen zwischen den beiden Gruppen ausnutzen könnten, um in Ghana Fuß zu fassen, indem sie ihren Einflussbereich ausweiten und den grenzüberschreitenden Handel zwischen Ghana, Burkina Faso und Togo gefährden.

Der Streit ist auch deshalb schwer beizulegen, weil beide ethnischen Gruppen die Sicherheitskräfte der Parteilichkeit beschuldigen. Die Mamprusi behaupten, die Armee bevorzuge die Interessen der Kusasi, während letztere die Regierung beschuldigen, traditionelle Verordnungen zur Verhinderung von Gewalt nicht durchzusetzen.

(L.M.) (Fides 4/8/2025)

Ghana: Zwei Minister sterben bei Helikopterabsturz

Bischöfe sprechen Beileid aus und bitten um Gebet

Accra (Fides) - „Eine schockierende Nachricht, die wir nicht glauben konnten“, bekräftigt der Vorsitzende der Katholischen Bischofskonferenz Ghanas (GCBC), Bischof Matthew Kwasi Gyamfi von Sunyani, in einem Kommentar zur Nachricht von dem Hubschrauberabsturz, bei dem der Verteidigungsminister Edward Omane Boamah, der Umweltminister Ibrahim Murtala Muhammed und sechs weitere Personen, die sich im Hubschrauber befanden, der gestern, am 6. August, in der Region Ashanti abstürzte, ums Leben kamen.

Bischof Gyamfi erfuhr die Nachricht von dem Flugzeugabsturz, als er sich in Accra zur Vollversammlung des Katholischen Sekretariats aufhielt.

Die Bischofskonferenz gab daraufhin einige Stunden später eine Erklärung heraus, in der sie dem Präsidenten, den Familien der Opfer, dem Parlament und der Nation ihr Beileid aussprach. „Wir bitten alle Ghanaer, für sie zu beten. Es ist ein Schock, solch brillante Köpfe auf einmal zu verlieren“, heißt es in der Verlautbarung.

Die Bischöfe betonten, dass diejenigen, die bei dem Vorfall ihr Leben verloren haben, "Männer mit bewährtem Engagement waren - Diener des Staates, Politiker, Technokraten und tapfere Offiziere der ghanaischen Streitkräfte -, die ihr Leben in den Dienst der Republik, der Institutionen und des Volkes dieses Landes stellten. Ihr plötzliches und vorzeitiges Ableben ist nicht nur ein Schlag für ihre Familien und Freunde, sondern auch ein großer Verlust für die Nation."

„In Momenten wie diesen“, heißt es in der Verlautbarung, die Fides vorliegt, weiter "werden wir an die zerbrechliche und vergängliche Natur des menschlichen Lebens erinnert und an den bleibenden Wert des Dienstes, der in moralischer Integrität, Aufopferung und dem Streben nach dem Gemeinwohl wurzelt".

Der Hubschrauber, ein Z9 aus chinesischer Produktion, stürzte in der Region Ashanti ab, nachdem er kurz nach dem Start in Accra gegen 9 Uhr Ortszeit auf dem Weg nach Obuasi, nordwestlich der Hauptstadt, vom Radar verschwunden war. Die örtlichen Behörden haben eine Untersuchung der Absturzursache eingeleitet.

Der Präsident Ghanas, John Dramani Mahama, rief eine dreitägige Staatstrauer aus.

(L.M.) (Fides 7/8/2025)

Haiti: Überfall auf Kinderheim

Laienmissionarin und dreijähriges Kind unter den neun Entführten

Port-au-Prince (Fides) - Ein irische Laienmissionarin und ein dreijähriges Kind mit einer Behinderung gehören zu den neun Personen, die von einer bewaffneten Gruppe entführt wurden, die am Morgen des 3. August ein Kinderheim am Rande der Hauptstadt überfallen hat. Die Einrichtung befindet sich in der Gemeinde im Großraum von Port-au-Prince. Die anderen sieben Personen, die entführt wurden, waren Mitarbeitende in der Einrichtung.

Das nach der heiligen Hélène benannte Kinderheim wird von der internationalen Wohltätigkeitsorganisation „Nos Petits Frères et Sœurs“ betrieben und beherbergt nach Angaben auf der offiziellen Website der Organisation mehr als 240 Kinder. Gena Heraty, eine irische Laienmissionarin, die seit 30 Jahren in dem Land tätig ist, arbeitet schon seit einiger Zeit in dem Heim. Sie befand sich in der Einrichtung, als die Banditen einbrachen und sie und ein dreijähriges Kind mit einer Behinderung entführten.

Es ist nicht das erste Mal, dass die Laienmissionarin ein solches Drama erlebt. Bereits 2013 war sie Opfer eines bewaffneten Überfalls in demselben Kinderheim geworden. Damals wurde einer ihrer Kollegen mit einem Hammer getötet, als er versuchte, sie zu schützen.

Die örtlichen Behörden haben zusammen mit dem Kinderhilfswerk UNICEF und dem haitianischen Institut für Sozialfürsorge unterdessen einen Plan in die Wege geleitet, um das Personal und die Kinder des Kinderheims an sicherere Orte zu bringen. Der Angriff vom Sonntag ist nur der jüngste in einer langen Reihe von Angriffen bewaffneter Banden, die um die Kontrolle über das Gebiet kämpfen. Das Gebiet, in dem die Entführung stattfand, steht unter dem Einfluss der kriminellen Vereinigung „Viv Ansanm“, die kürzlich von den USA als ausländische terroristische Organisation eingestuft wurde.

Nach Angaben des UN-Menschenrechtsbüros wurden im Jahr 2024 mehr als 5.600 Menschen in Haiti getötet, was einen dramatischen Anstieg von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Nach UN-Angaben wurden allein zwischen April und Juni 2025 mindestens 175 Entführungen im Staat Haiti verzeichnet, 37 Prozent davon in der Hauptstadt. Die Internationale Organisation für Migration schätzt, dass mehr als eine Million Menschen aufgrund der Gewalt gezwungen waren, aus ihrer Heimat zu fliehen, dreimal mehr als im Vorjahr.

Unterdessen bezeichnet der stellvertretende irische Premierminister Simon Harris die Entführung von Heraty als „zutiefst beunruhigend“ und forderte „die sofortige Freilassung aller Geiseln“. Bislang hat sich jedoch noch keine Gruppe offiziell zu dem Anschlag bekannt. Die haitianischen Behörden äußerten sich nicht zu dem Vorfall, während Familienangehörige und Kollegen der Entführten auf Neuigkeiten warten. Auch die irische Botschaft verfolgt die Entwicklungen aufmerksam. (F.B.) (Fides 5/8/2025)

Indien: Christlichen und muslimischen Dalits werden keine Vergünstigungen gewährt

aus dem Bundesstaat Maharashtra

Mumbai (Fides) - Dalits, die zum Christentum oder zum Islam konvertieren, verlieren die Privilegien und Vorrechte verlieren, die den "anerkannten Kasten" (scheduled castes), der offiziellen Definition verschiedener historisch benachteiligter sozialer Gruppen, vom Gesetz gewährt werden. Dies gab Devendra Fadnavis, Ministerpräsident des indischen Bundesstaates Maharashtra, unter Bezugnahme auf ein Urteil des Obersten Gerichtshofs vom 26. November 2024 bekannt. Diese Vorrechte und Vergünstigungen, so Fadnavis, werden nur buddhistischen, hinduistischen und Sikh-Dalits gewährt, nicht aber solchen christlichen und muslimischen Glaubens.

Beobachtern zufolge wird das Urteil des Gerichtshofs erhebliche Auswirkungen auf die Dalit-Gemeinschaften (früher als „Unberührbare“ bekannt, d. h. Gruppen, die im indischen Kastensystem historisch gesehen sozial, wirtschaftlich und politisch marginalisiert sind) haben, die nach wie vor unter Diskriminierung aufgrund von Kaste und Religion leiden, wodurch ihnen wesentliche Vorteile im Bildungswesen (z. B. staatlich finanzierte Stipendien) oder bei der Beschäftigung (z. B. für sie reservierte Beschäftigungsquoten im öffentlichen Dienst) vorenthalten werden.

Die Maßnahme bezieht sich auf die Präsidialverordnung aus dem Jahr 1950, in der bestimmte soziale Gruppen (die „scheduled castes“) festgelegt sind, die Anspruch auf öffentliche Leistungen und Unterstützung in den Bereichen Bildung, Beschäftigung und politische Vertretung haben, um historische soziale und wirtschaftliche Nachteile auszugleichen. Die Verordnung beschränkte diese Vergünstigungen zunächst nur auf Hindus, wurde aber später geändert, um buddhistische und Sikh-Dalits einzubeziehen, nicht aber Christen und Muslime.

Vertreter dieser Gemeinschaften fordern seit Jahrzehnten Gleichbehandlung und Chancengleichheit für christliche und muslimische Dalits in der indischen Gesetzgebung. Der Nationale Rat der Dalit-Christen (NCDC) hat bei mehreren staatlichen Gerichten und auch beim Obersten Gerichtshof Berufung eingelegt und gefordert, dass die für Dalits reservierten Quoten auf der Grundlage des in der Verfassung verankerten Gleichheitsgrundsatzes „religionsneutral“ gestaltet werden und somit christliche und muslimische Dalits unabhängig von ihrem Glauben in die Leistungen einbezogen werden.

Die Gerichte haben ihnen jedoch bisher nicht Recht gegeben. In einem Urteil vom April 2025 entschied der Oberste Gerichtshof des Bundesstaates Andhra Pradesh, dass sich Angehörige anerkannter Kasten und Stämme, die Christen werden, nicht auf die Bestimmungen berufen können, weil „das Kastensystem dem christlichen Glauben fremd ist“. Das Gericht entschied, dass nach dem geltenden Gesetz Dalit, die sich zum Christentum oder zum Islam bekennen, nicht den Status einer „anerkannten Kaste“ mit den damit verbundenen Vorteilen beanspruchen können. Auch dieses Urteil liegt nun dem Obersten Gerichtshof vor.

Auch die indische Regierung hat im Jahr 2022 eine spezielle Untersuchungskommission unter der Leitung des Ministeriums für soziale Gerechtigkeit eingesetzt, um zu prüfen, ob der Status der „anerkannten Kaste“ (SC) über Hindus, Sikhs und Buddhisten hinaus auch auf Bürger ausgedehnt werden kann, die zu anderen Religionen konvertiert sind. Der Kommission, die ihre Arbeit ursprünglich im Oktober 2024 abschließen sollte, wurde eine Verlängerung gewährt, so dass sie erst bis Oktober 2025 einen Bericht über ihre Arbeit vorlegen muss.

(PA) (Fides 7/8/2025)

Indien: Ordensfrauen nach Festnahme auf Kaution freigelassen

Bischöfe danken der Regierung und fordern Maßnahmen zum Schutz der Religionsfreiheit

Neu-Delhi (Fides) - Nach mehreren Tagen im Gefängnis wurden Schwester Preeti Mary und Schwester Vandana Francis von den Green Garden Sisters gegen Kaution freigelassen. Sie waren im Juli auf dem Bahnhof in Durg (Chhattisgarh) verhaftet worden (vgl. [AKERF 30/7/2025](#)). Die Schwestern wollten drei junge Frauen und einen Mann aus einem indigenen Stamm in die Diözese Jagdalpur in Agra (Uttar Pradesh) begleiten, wo den Frauen eine Anstellung in einem von der katholischen Kirche betriebenen Krankenhaus angeboten worden war.

"Christliche Ordensfrauen werden zunehmend von Unruhestiftern ins Visier genommen, die sie auf Bahnhöfen umzingeln, die Menschenmenge aufhetzen und die Schwestern beschimpfen", hatten die Bischöfe der Katholischen Bischofskonferenz Indiens (CBCI) nach der Verhaftung beklagt, die nun nach der Freilassung sagten, sie seien erleichtert über die Entscheidung des Gerichts der National Investigation Agency (NIA) in Bilaspur.

In einer Mitteilung bedankten sich die indischen Bischöfe „bei der indischen Regierung und der Regierung von Chhattisgarh für ihr rechtzeitiges Eingreifen und ihre Kooperation bei der Erlangung der Freilassung gegen Kaution“. "Wir sind der Regierung dankbar für die Unterstützung in diesem Fall. Wir hoffen, dass dies der Beginn neuer Bemühungen zum Schutz der Rechte und der Würde aller religiösen Minderheiten in unserer säkularen Demokratie ist", fügte Erzbischof Andrews Thazhath, Vorsitzender der Indischen Katholischen Bischofskonferenz (CBCI), hinzu.

Die indischen Bischöfe forderten die Regierung unterdessen auf, „sich stärker für die verfassungsmäßigen Rechte aller Minderheiten einzusetzen, insbesondere für das Recht auf Religionsfreiheit, wie es in der indischen Verfassung verankert ist“, und „konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die zunehmenden Einschüchterungen und falschen Anschuldigungen gegen Mitglieder religiöser Gemeinschaften einzudämmen, insbesondere gegen diejenigen, die im ganzen Land einen selbstlosen Dienst leisten“.

(F.B.) (Fides 4/8/2025)

Indonesien: Angriffe auf Kirchen und christliche Schulen

Katholischen Bischöfe und Vertreter anderer Religionsgemeinschaften appellieren an die Regierung

Jakarta (Fides) – Man müsse „entschieden gegen jeden vorgehen, der ein intolerantes Verhalten an den Tag legt, umso mehr, wenn es von Gewalttaten begleitet wird, die Straftaten darstellen“. „Niemand darf ungestraft bleiben, wenn er anarchische Handlungen begeht, insbesondere wenn sie Gebet und Gottesdienst irgendwo auf indonesischem Territorium beeinträchtigen“, heißt es in einem Appell, den die indonesische Bischofskonferenz an die Zentralregierung in Jakarta gerichtet hat, nachdem in den letzten Monaten mehrere „Angriffe“ auf Gotteshäuser und Einrichtungen, die mit kirchlichen Gemeinschaften verbunden sind, verübt wurden.

Das Dokument wurde auf einer Pressekonferenz am Sitz der indonesischen katholischen Bischofskonferenz vorgestellt und auch von anderen Gremien wie dem Obersten Rat der konfuzianischen Religion (MATAKIN) und anderen buddhistischen und protestantischen Organisationen unterzeichnet.

In dem Appell wird daran erinnert, dass „die Religions- und Kultusfreiheit ein in der Verfassung verankertes Recht der Bürger ist, das in den Artikeln 28 und 29 Absatz 2 der Verfassung von 1945 garantiert wird“, und dass gerade deshalb „der Staat durch die Ordnungskräfte und die lokalen Behörden die Pflicht hat, entschlossen einzugreifen, um sicherzustellen, dass sich solche Vorfälle in Zukunft nicht wiederholen“.

Damit sind nicht nur diejenigen gemeint, die sich dem Bau von Kirchen widersetzen, sondern auch der Überfall auf eine protestantische christliche Schule vor einigen Tagen und die kürzliche Zerstörung mehrerer christlicher Gebetsstätten. „Die Strafverfolgungs- und Justizbehörden“, so heißt es in dem Dokument weiter, „müssen jeden kriminellen, gewaltsamen Akt der Ablehnung, Behinderung oder Zerstörung von Orten, die von indonesischen Bürgern zum Gebet und zur Anbetung genutzt werden, verhindern und gründlich untersuchen“.

Die Vertreter aller Religionen, die den Appell unterzeichnet haben, fordern, dass „die Regierung, sowohl auf zentraler als auch auf lokaler Ebene, zusammen mit dem Forum für religiöse Harmonie (FKUB) und allen Teilen der Gesellschaft sich verpflichten, die Toleranz zu wahren und dafür zu sorgen, dass Orte des Gebets und des Gottesdienstes Orte des Friedens, der Sicherheit und der Würde sind“. Die religiösen Führer müssen ihrerseits „ihre Gläubigen auffordern, sich nicht von spalterischen Aufrufen provozieren zu lassen und ihren Glauben in einer friedlichen, harmonischen und toleranten Weise zu leben“.

"Für uns sind die verschiedenen Vorfälle von Aggression, Verbot/Verweigerung und Störung von Gebet und Gottesdienst eine ernsthafte Beeinträchtigung des Aufbaus von Toleranz und friedlicher Koexistenz. Jede Form von Einschüchterung, Gewalt oder einseitiger Einschränkung religiöser Aktivitäten stellt eine Verletzung des Rechts und eine Zerstörung der grundlegenden Werte des Zusammenlebens als Bürger derselben Nation dar", heißt es in dem Dokument abschließend. (F.B.) (Fides 7/8/2025)

Indonesien: Grundstein für das „Haus des heiligen Kamillus“ in Nita gelegt

Nita (Agenzia Fides) - „Ein historisches Ereignis, das bezeugt, wie der Samen des Charismas des heiligen Camillus, der vor etwa fünfzehn Jahren in diesem Land gepflanzt wurde, beginnt, konkrete Früchte der Liebe und des Dienstes zu tragen“, so der italienische Kamillianaer-Missionar Luigi Galvani gegenüber Fides zur Grundsteinlegung für das „Haus des heiligen Kamillus“, die am 30. Juli in dem Dorf Nita auf der Insel Flores stattfand.

„Dies ist die erste karitative Einrichtung der Kamillianer in Indonesien“, so der Missionar. „Damit konkretisieren die Kamillianer in dem asiatischen Land ihre Verpflichtung, Strukturen der Hoffnung und der Barmherzigkeit zu fördern und ‚Zeugen der Nächstenliebe‘ auszubilden, die in der Lage sind, mit Großzügigkeit und Leidenschaft auf die Herausforderungen des menschlichen Leidens zu reagieren, im Geiste der Evangelisierung und der sozialen Förderung.“

Die neue karitative Einrichtung befindet sich neben dem philosophischen und theologischen Seminar der Kamillianer und solle den jungen Seminaristen ein Umfeld bieten, in dem sie das Charisma des heiligen Kamillus umsetzen, erfahren und verinnerlichen können: „Sich um die armen und an den Rand gedrängten Kranken kümmern“.

Die Grundsteinlegung wurde von Ausbildern der Kamillianer begleitet, die aktiv am Ritus der Segnung des Grundsteins, dem Symbol Christi, als Fundament jedes wahren Werks der Nächstenliebe, mitwirkten. „Ihre Anwesenheit“, so Pater Galvani abschließend, „unterstreicht die enge Verbindung zwischen Berufsausbildung und missionarischem Leben, zwischen Spiritualität und konkretem Dienst an den Armen und Kranken“.
(AP/LG) (Fides 4/8/2025)

[top^](#)

Indonesien: Mehrere Männer greifen Gebetshaus an

International Christian Concern – Eine Gruppe muslimischer Männer hat am 27. Juli in Padang Sarai Village, Bezirk Koto Tengah, Stadt Padang, gewaltsam den Gottesdienst und religiöse Bildungsaktivitäten in einem Gebetshaus der Gemeinde Anugerah Padang der Indonesian Faithful Christian Church (GKSI) gestört. Die Männer beschädigten die Einrichtungen und das Gebäude, in dem sich das Gebetshaus befand. Nachdem sie sich gewaltsam Zugang zum Gebäude verschafft hatten, riefen die Männer „Zerstret euch! Zerstret euch!“. Während sich noch Gläubige im Gebäude befanden, zerschlugen mehrere mit Stöcken bewaffnete Männer die Fenster des Gebäudes. Man hörte Kinder weinen, als ihre Familien aus dem Gebäude vertrieben wurden, und die Angreifer begannen zu rufen: „Zerstört alles! Zerstört alles!“ Die Polizei nahm neun Männer im Zusammenhang mit dem Angriff fest.

Bei dem Vorfall wurden zwei Kinder im Alter von 8 und 11 Jahren verletzt, nachdem sie von den Angreifern mit harten Gegenständen beworfen worden waren. Die Angreifer zerstörten außerdem Möbel und elektronische Geräte und unterbrachen die Stromversorgung des Gebetshauses.

Bei dem Vorfall wurden zwei Kinder im Alter von 8 und 11 Jahren verletzt, nachdem sie von harten Gegenständen getroffen wurden, die die Angreifer geworfen hatten. Die Angreifer zerstörten auch Möbel und elektronische Geräte und unterbrachen die Stromversorgung des Gebetshauses.

Ein Pastor der GKSI Anugerah Padang Kirche gab bekannt, dass sich der Vorfall während eines christlichen Gottesdienstes und einer Religionsstunde im Gebetshaus ereignete, an dem etwa 30 Kinder und ihre Eltern teilnahmen.

Das Gebetshaus wurde gegründet, um christlichen Kindern, die öffentliche Schulen besuchen, religiöse Bildung zu vermitteln, da sie in ihren Schulen keinen christlichen Unterricht erhielten.

Der Vorfall ereignete sich einen Monat nach einem ähnlichen Vorfall in Sukabumi, als eine Gruppe von Menschen am 27. Juni eine christliche Studentenfreizeit auflöste und verwüstete. Einige sagen, dass die Wiederholung auf das mangelnde Engagement des Staates zum Schutz der Religionsfreiheit der Bürger zurückzuführen ist.

Das Recht der Bürger auf Religion und Weltanschauung wird durch Artikel 18 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR), Artikel 28E Absätze 1 und 2 sowie Artikel 29 der Verfassung von 1945 garantiert, der jedem Bürger das Recht garantiert, eine Religion anzunehmen und gemäß seiner jeweiligen Religion und Weltanschauung zu beten.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Irak: Patriarch Sako zum 11. Jahrestag der Vertreibung der Christen aus der Ninive-Ebene

„Trotz der enormen Herausforderungen bleiben die Christen in ihrem Glauben standhaft“

Bagdad (Fides) - Vor elf Jahren wurden die Christen "von den Mitgliedern des Islamischen Staates gezwungen, Mossul und die Städte der Ninive-Ebene zu verlassen, nachdem ihr Eigentum, ihre Häuser und Kirchen geplündert und niedergebrannt worden waren. Die Angst der Christen und ihre Entschlossenheit zur Migration nehmen weiter zu, da es keine wirksamen Maßnahmen zum Schutz ihrer Rechte, ihrer Sicherheit und ihrer Grundversorgung gibt". Daran erinnerte der chaldäische Patriarch, Kardinal Louis Raphaël Sako, in einer Botschaft zum 11. Jahrestag der Vertreibung der Christen aus der Ninive-Ebene.

Die Christen wurden damals mitten in der Nacht von den Dschihadisten geweckt und gezwungen, ihre Häuser und ihr gesamtes Hab und Gut sofort zu verlassen. Ganze Familien wurden mit Lautsprechern aus dem Bett geworfen: „Die Menschen waren gezwungen, im Schlafanzug zu fliehen“, sagte die Ordensschwester Luigina Sako, eine Schwester des Patriarchen, von den chaldäischen Töchtern der makellosen Jungfrau Maria, nach dieser schrecklichen Nacht gegenüber Fides. „Die Christen mussten alles zurücklassen, sogar ihre Schuhe, und barfuß wurden sie gewaltsam in Richtung Kurdistan geführt“, so die Stimme eines anderen Zeitzeugen. Insgesamt verließen in dieser Nacht etwa 120.000 Christen die Ninive-Ebene. Unter ihnen waren auch Christen, die erst einige Wochen zuvor aus Mossul geflohen waren. Die Flucht der Christen vor den IS-Milizionären begann eigentlich nicht am 6. August, sondern bereits im Juni 2014, als es dem so genannten Islamischen Staat gelang, die Stadt zu erobern. Zu Beginn dieses Sommers lebten allein in Mossul mindestens 1.200 christliche Familien.

Anfang des 21. Jahrhunderts gab es allein in Mosul mehr als 100.000 Christen, eingebettet in ein soziales Gefüge, in dem die sunnitische Mehrheit mit Schiiten, Jesiden und anderen Minderheiten friedlich zusammenlebte. Doch schon vor den Gräueltaten des so genannten Islamischen Staates hatte die Zahl der Christen nach der ersten US-Militärintervention, die 2003 zum Sturz des Regimes von Saddam Hussein führte, zu schwinden begonnen. Seitdem hat die konfessionelle Gewalt zugenommen.

„Die Städte in der Ninive-Ebene werden von bewaffneten Gruppen kontrolliert, die Erpressung, Belästigung und Einschüchterung praktizieren und sich die für Christen vorbehaltenen parlamentarische Quoten und die für sie vorgesehene Beschäftigungsmöglichkeiten im öffentlichen Sektor aneignen“, so Patriarch Sako.

Doch, so betont der irakische Kardinal, „trotz dieser enormen Herausforderungen bleiben die Christen in ihrem Glauben standhaft: Der rote Buchstabe ‚N‘ (ܢ) an den Türen ihrer Häuser bleibt in ihrem Gedächtnis eingeebnet und inspiriert sie, ungeachtet der Schwierigkeiten, denen sie gegenüberstehen, ein treues Zeugnis für Christus abzulegen“. Der Patriarch appelliert an die Regierung, die alle Bürger vertritt, „die Verantwortung für den Schutz dieser einheimischen christlichen Bevölkerung zu übernehmen und ihre Rechte zu gewährleisten“. Für Kardinal Sako ist dies nicht nur eine „humanitäre Notwendigkeit“, sondern auch „ein nationales Gebot, bei dem der Schutz der Freiheiten und Rechte der Christen und anderer Minderheiten nicht durch demografische Erwägungen, sondern durch gerechte und faire Maßnahmen bestimmt werden muss“.

„Die Christen“, so der chaldäische Patriarch, „sind die ursprünglichen Bewohner dieses Landes, Träger einer reichen Kultur und eines reichen Erbes, treu zu ihrer Heimat und Protagonisten im Leben der irakischen Nation in den Bereichen Bildung, Kultur, Medizin und soziale Dienste“, sie „können immer noch zur Wiedergeburt und zum Fortschritt des Irak beitragen“. Daher, so Kardinal Sako abschließend, „verdient die christliche Gemeinschaft Sicherheit und Gerechtigkeit. Der Verbleib der Christen in ihrem eigenen Land und ein friedliches Zusammenleben auf der Grundlage von Toleranz, Respekt und Harmonie müssen garantiert werden“.

(F.B.) (Fides 6/8/2025)

Israel: Geiselbruder zu Vereinten Nationen - "Ihr Schweigen ist Komplizenschaft"

Auf Antrag Israels befasst sich der UN-Sicherheitsrat mit den Geiseln. Bei der Sitzung kommt der Bruder der Geisel Ewjatar David zu Wort.

(Von Israelnetz, 6. August 2025) NEW YORK (inn) – Der Bruder der Geisel Ewjatar David hat bei einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates Vorwürfe gegen die Vereinten Nationen erhoben. Die Terror-Organisation Hamas verwende Hunger als Waffe gegen die Geiseln im Gazastreifen, sagte Ilai David am Dienstag per Videoschalt. Dennoch äußere sich die Länderorganisation nicht dazu. „Ihr Schweigen angesichts dieser monströsen Grausamkeit ist Komplizenschaft. Ich flehe Sie an: Lassen Sie sie nicht sterben.“

Die Sitzung hat Israel einberufen, um die Lage der Geiseln zu diskutieren. Vor wenigen Tagen hatte die Hamas Propagandavideos der Geiseln Ewjatar David und Rom Braslavski [veröffentlicht](#). Beide sehen darauf extrem ausgehungert aus. David musste vor laufender Kamera sein eigenes Grab schaufeln.

Ilai David betonte, er und seine Mutter hätten nicht die Kraft aufgebracht, das Video anzusehen – lediglich ein Standbild davon. Sein Vater und seine Schwester hätten es sich angesehen, und nun quälten sie die Bilder. „Mein Vater kann nicht schlafen und meine Mutter hat nicht aufgehört zu weinen.“

Vorwürfe gegen Medien

Der israelische Außenminister Gideon Sa’ar (Neue Hoffnung) war bei der Sitzung vor Ort in New York. Auch er erhob Vorwürfe gegen die Vereinten Nationen. Generalsekretär António Guterres habe seit Veröffentlichung der Videos kein Wort darüber verloren. „Dabei sehen wir alle seine endlosen und obsessiven Tweets gegen Israel“, sagte er über den Portugiesen.

Sa’ar prangerte auch die Berichterstattung der großen Medienhäuser an. So habe die „New York Times“ kein Bild von David gezeigt. Zuvor hatte die amerikanische Zeitung ein Bild von einem palästinensischen Kind als Opfer der Hungerkrise auf der Titelseite abgedruckt. Erst später [gaben](#) die Redakteure zu, dass das Erscheinungsbild des Kindes auf eine Krankheit zurückzuführen ist.

Ich fordere die internationalen Medien auf: Bringen Sie Ewjatar und Rom auf die Titelseiten!“, sagte Sa’ar weiter. „Ist das keine Nachricht wert? Wir werden Zeugen einer verkehrten Welt.“

Warnung an Weltgemeinschaft

Indes wies Sa’ar die Auffassung zurück, Israel trage Verantwortung für den Hunger in Gaza. „Israel hat große Mengen an Hilfen nach Gaza gebracht. Das ist in der Geschichte der Kriege nie dagewesen. Dennoch wird Israel der Aushungerung beschuldigt.“

Weiter warnte Sa’ar die Weltgemeinschaft, dass die Entführung von Zivilisten durch Terroristen nicht nur ein Problem Israels sei. Die Hamas ziele damit darauf ab, im Gazastreifen an der Macht zu bleiben. Doch so ein Vorgehen dürfe sich für die Terroristen nicht lohnen. „Heute ist es Israel. Morgen sind Sie es.“

UN: Keine militärische Lösung

Der stellvertretende UN-Generalsekretär Miroslav Jenča versicherte Ilai David, dass die Vereinten Nationen den Schmerz wahrnehmen. „Ich teile ihren dringendsten Wunsch: Dass Ihr Bruder, alle Geiseln, die im Gazastreifen gehalten werden, sofort und bedingungslos freikommen.“

Indes gebe es keine militärische Lösung für den Konflikt im Gazastreifen. Daher seien Berichte alarmierend, denen zufolge Israel die Militäroperationen ausweiten wolle. Jenča warf Israel vor, Hilfslieferungen zu begrenzen. Israel müsse schnelle und ungehinderte Lieferungen zulassen.

Der palästinensische Vertreter Riad Mansur warf Israel vor, den Fokus zu verrücken, während zwei Millionen Einwohner im Gazastreifen an Hunger litten. Die einzige Lösung sei ein „Ende der Besatzung“ und ein palästinensischer Staat. (df)

Pakistan: Christ stirbt nach Jahren der Vernachlässigung im Gefängnis

International Christian Concern – Nabeel Masih, ein 25-jähriger Christ aus Lahore, starb am 31. Juli nach Jahren der Vernachlässigung, Misshandlung und mangelnder medizinischer Versorgung.

Als 16-Jähriger, der in Dina Nath, Kasur, lebte, wurde Masih von einem Mann namens Akhtar Ali beschuldigt, ein blasphemisches Bild auf Facebook gepostet zu haben – angeblich eine Beleidigung der Kaaba, der heiligsten Stätte des Islam.

Die Polizei verhaftete Masih umgehend unter Berufung auf Pakistans Blasphemiegesetze, die oft missbraucht und als ungerecht kritisiert werden. Die Polizei ließ das Bild entfernen, um Unruhen zu verhindern, und löschte damit den einzigen Beweis dafür, dass Masih es gepostet hatte.

Im Jahr 2018 wurde Masih wegen Blasphemie zu 10 Jahren Haft verurteilt und war damit der jüngste Mensch, der jemals nach diesen Gesetzen in Pakistan verurteilt wurde.

Er verbrachte vier Jahre im Gefängnis, größtenteils in Einzelhaft, wo er Angst, Drohungen und psychischen Stress ausgesetzt war. Einige Rechts- und Menschenrechtsgruppen, darunter der Anwalt Saad Jabar, CSW, CLAAS, ACN, CSI und BACA, machten Masih's Fall international bekannt. In Pakistan selbst blieb er jedoch vergessen, ohne den Schutz, die medizinische Hilfe oder die Hoffnung, die er brauchte.

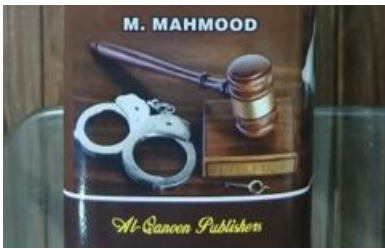
Im Jahr 2020 gewährte der Oberste Gerichtshof Masih eine Kaution, aber er war bereits schwer krank. Schlechte Ernährung, verschmutztes Wasser und jahrelanger Stress hatten seine Organe zerstört.

Versprechen über medizinische Versorgung, Therapie oder Umsiedlung wurden nie eingehalten. Einige behaupten nun, dass bestimmte NGOs durch das Aufrechterhalten der Gefährdung von Opfern wie Masih mehr Geld für Schutzmaßnahmen sammeln konnten, während sie selbst wenig unternahmen, um zu helfen. Er erhielt keine langfristige Pflege oder echte Unterstützung. Als sich sein Gesundheitszustand verschlechterte, brachten wiederholte Krankenhausaufenthalte keine Linderung.

Masih starb gebrechlich und krank. Er ertrug in zehn Jahren mehr Leid als viele Menschen in ihrem ganzen Leben. Sein Tod unterstreicht die dringende Notwendigkeit von Reformen und ist ein Aufruf zum Handeln für alle, denen Gerechtigkeit und Wahrheit am Herzen liegen, damit kein weiteres junges Leben auf die gleiche Weise verloren geht.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF



Pakistan: Christlicher Regierungsangestellter festgenommen

Vorwurf: Amir Paul soll den islamischen Propheten Mohammed beleidigt haben

Frankfurt am Main/Wetzlar (IDEA) – Als „Gefangenen des Monats August 2025“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den pakistanischen Christen Amir Paul aus Lahore (Provinz Punjab) benannt. Der 60-jährige Regierungsangestellte kam am 19. Juli wegen des Vorwurfs der Blasphemie in Polizeigewahrsam. Paul hatte in einem Laden im Stadtviertel Nishat Colony eingekauft und ein Gespräch geführt. Der Ladenbesitzer warf ihm zunächst vor, „ein Agent Amerikas und des Westens“ zu sein. Er alarmierte daraufhin Imame aus der Umgebung und behauptete, sein Kunde habe im Verlauf der Diskussion abfällige Bemerkungen über den islamischen Propheten Mohammed gemacht. Paul – ein Bruder des katholischen Pfarrers Henry Paul – weist diesen Vorwurf zurück: Er habe sich nicht zu religiösen Fragen geäußert. Zeugen, die vor Ort befragt wurden, bestätigten die Aussage des Festgenommenen. Laut der pakistanischen Menschenrechtsanwältin Aneeqa Anthony verdeutlicht der Fall den anhaltenden Missbrauch der Blasphemiegesetze und die Dringlichkeit, sie zu reformieren, um falsche Anschuldigungen zu verhindern. Blasphemie kann in Pakistan mit lebenslanger Haft oder dem Tod bestraft werden. Die IGFM und IDEA bitten darum, Appellbriefe an den pakistanischen Präsidenten Asif Ali Zardari zu richten. Er solle auf die Freilassung des Christen hinwirken und für die Sicherheit des Inhaftierten und seiner Familie sorgen. Von den über 230 Millionen Einwohnern Pakistans sind 96 Prozent Muslime, zwei Prozent Christen und ein Prozent Hindusnen Einwohnern Pakistans sind

[Musterbrief Deutsch](#)

[Musterbrief Englisch](#)

Russland: Altkatholischer Priester wegen Antikriegspredigt zu Geldstrafe verurteilt

Haftstrafe durch rechtzeitige Ausreise abgewendet

Ein altkatholischer Priester ist der letzte in einer Reihe von Klerikern verschiedener Konfessionen, die Strafverfolgung erlitten, weil sie gegen den Ukrainekrieg gepredigt hatten. Ein Gericht in St. Petersburg fand Pater Aleksandr Khmelyov für schuldig, die russischen Streitkräfte in einer vor drei Jahren gehaltenen Predigt diskreditiert zu haben. Pater Aleksandr verließ Russland am 11. Juli 2025, demselben Tag, an dem die Geldstrafe in einer nicht öffentlichen Verhandlung gegen ihn verhängt wurde. Er hatte erfahren, dass über den Messenger Dienst Telegram Nachrichten von anscheinend den Staatssicherheitsbehörden zuzuordnenden Nutzern versandt wurden, dass die Ermittlungsbehörden weitere Verwaltungsverfahren und Strafverfahren gegen ihn vorbereiteten.

Pater Aleksandr gründete 2017 die theologisch liberale Gemeinschaft „Mutter der Solidarität“ für LGBT+ Christen. Wegen seiner Teilnahme an Kundgebungen zur Unterstützung der LGBT+ Community und von politischen Gefangenen kam es in den letzten zehn Jahren zu mehreren Verwaltungsstrafverfahren gegen ihn. Verfolgung erlebte auch wegen seiner Proteste gegen die russische Besetzung der Krim und später gegen die russische Invasion in der Ukraine. Das Justizministerium setzte ihn am 20. Juli 2025 auf die Liste „ausländischer Agenten“, nachdem die Polizei ein Protokoll über seine angebliche Diskreditierung der Streitkräfte aufgenommen hatte. Mit den Sicherheitsbehörden verbundene Telegram Kanäle deuteten an, dass ein Strafverfahren wegen „Gründung einer extremistischen Vereinigung“ und ein Verwaltungsverfahren wegen „LGBT Propaganda“ gegen Aleksandr Khmelyov eingeleitet werden könnte.

Sein Rechtsanwalt plant, Berufung gegen das Urteil nach Artikel 20.3.3, Teil 1 des Verwaltungsgesetzbuchs („Öffentliche Aktionen mit dem Ziel der Diskreditierung des Einsatzes der Streitkräfte der Russischen Föderation“) einzulegen. Ob jetzt, nachdem Khmelyov das Land verlassen hat, weitere Verfahrensschritte im Zusammenhang mit den anderen Anschuldigungen unternommen werden ist unklar.

Im Strafverfahren gegen den protestantischen Pastor Nikolay Romanyuk wegen „öffentlicher Aufrufe zu gegen die Sicherheit der Russischen Föderation gerichteten Aktivitäten oder zur Behinderung von Regierungsstellen und Beamten bei der Ausübung ihrer Befugnisse zur Gewährleistung der Sicherheit der Russischen Föderation mittels Massenmedien, elektronischer und Telekommunikationsnetze, einschließlich des Internet“ fanden am 28. und 29. Juli die ersten zwei Verhandlungstage vor einem Bezirksgericht in Balaschicha in der Region Moskau statt. Der nächste Verhandlungstermin ist der 4. August. Das Verfahren gründet sich auf einen Aufruf des Pastors, dass Gläubige nicht in die Ukraine gehen und dort kämpfen sollten.

Im Verfahren gegen den unabhängigen christlichen Prediger Eduard Charov wegen öffentlicher Diskreditierung der Streitkräfte der Russischen Föderation und „Aufrufen zu terroristischen Handlungen, öffentlicher Rechtfertigung von Terrorismus oder Propaganda für Terrorismus im Internet“ fand am 25. Juli bereits der vierte Verhandlungstag vor einem Militärgericht in Jekaterinburg statt.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 1. August 2025)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ

Russland: Gemeinde musste Raum verlassen, weil sie eine Freikirche ist

(Licht im Osten, Pastor Slawa): „Zu Beginn des Jahres mussten wir den Ort, an dem sich unsere Gemeinde versammelt hatte und der strategisch günstig gelegen war, erneut verlassen. Man hat uns direkt gesagt, dass der Grund für die Kündigung darin liegt, dass wir eine Freikirche sind. Einen Monat lang musste sich die gesamte Gemeinde in kleinen Gruppen in Privathäusern versammeln. Die Hauptpredigt wurde per Übertragung angeschaut. Gott sei Dank fanden wir einen heruntergekommenen Raum, der für Gottesdienste völlig ungeeignet war, und konnten ihn für drei Jahre mieten. Es ist ein langgestreckter Raum ohne Fenster mit Säulen. Unsere Designer mussten sich etwas einfallen lassen, um den Prediger und die Menschen unterzubringen. Männer, Frauen und sogar Kinder kamen fast rund um die Uhr, um beim Renovieren zu helfen. Alle waren vereint in dem Wunsch, sich wieder als ganze Gemeinde zu versammeln. Und ganz besonders, um Gäste zu Ostern einzuladen... Zu Ostern war der Saal überfüllt.“

> Danken Sie, dass die Gemeinde nun einen Versammlungsraum hat und so stark zusammenhält.

> „Bitte beten Sie dafür, dass uns die Miete nicht doch wieder verweigert wird“ und

> dass noch viele neue Menschen sich dorthin einladen lassen. Slawas Frau organisiert zusammen mit anderen Glaubensschwestern Frauenkonferenzen und „wird regelmäßig eingeladen, Treffen für junge Frauen zu verschiedenen Themen durchzuführen“. „Zu Beginn des 20. Jahrhunderts versuchten die Machthaber, die evangelische Erweckungsbewegung zu unterbinden. Sie forschten nach den Gründen für deren schnelle Ausbreitung und stellten fest, dass diese auf die christlichen Frauen zurückzuführen war. Frauen sind sehr gute Evangelistinnen, sowohl zu Hause als auch außerhalb... Frauen finden verschiedene Möglichkeiten, um andere Frauen zu erreichen. Zum Beispiel durch Pflanzentausch.“ **Bitte beten Sie,**

> dass die Frauen durch diese Konferenzen in ihrer Verbindung zu Christus gefestigt und ermutigt werden, in Tat und Wort das Evangelium zu ihren Familien und anderen Frauen zu tragen. „Im Juni wurden in unserer Gemeinde in Jekaterinburg sechs junge Menschen getauft. Jeder von ihnen hat seine eigene einzigartige Geschichte, wie Gott ihn in dieser Welt gefunden hat. Die meisten von ihnen haben von Christus gehört, weil ihnen Gläubige aus unserer Gemeinde in der Schule, im Studium oder bei der Arbeit von Gott erzählt haben. Dann kamen sie zu den Hauskreisen, um die Bibel zu studieren, und in die Gemeinde. Sie hielten sich für nutzlos, unattraktiv und ungeliebt. Der Teufel betrügt junge Menschen. Wir haben viel mit ihnen gesprochen und die Heilige Schrift mit ihnen gelesen. Nun werden sie das Licht des Evangeliums in ihre Familien und in diese Welt tragen. Kinder und Jugendliche haben ein enormes Potenzial, das es auf den Dienst für den Herrn zu lenken gilt. In unserem neuen Gemeindehaus finden inzwischen regelmäßig Jugendtreffen statt, und wir möchten die Arbeit mit Jugendlichen noch weiter ausbauen.“ **Bitte beten Sie für diese jungen Menschen,**

> dass sie in ihrer Freude an Christus gestärkt und dadurch ermutigt werden, wenn sie erleben, wie Gott sie gebraucht.

Sudan: Verleumdung und Diskriminierung von Frauen

Kultur der Toleranz, des Respekts und der Gleichheit muss gefördert werden

Khartum (Fides) - Frauen im Sudan, insbesondere Aktivistinnen und Protagonistinnen in der Politik, den Medien und der Zivilgesellschaft sehen sich mit Verleumdungskampagnen und der Forderung nach Entzug der vollen Staatsbürgerrechte konfrontiert, weil sie sich gegen den Krieg ausgesprochen oder versucht haben, zum Friedensprozess beizutragen. Dahinter verbergen sich organisierte Gruppen, die sich der Verbreitung von Desinformationen und der Aufstachelung zum Hass verschrieben haben.

In einem Bericht, der von einem lokalen Sender ausgestrahlt wurde, heißt es, dass Frauen aus allen Gesellschaftsschichten seit dem Ausbruch des Krieges im Sudan am 15. April 2023 mit wachsenden Herausforderungen und zahlreichen Verstößen konfrontiert sind, insbesondere mit der systematischen Verbreitung von Hassreden, die zu einem gefährlichen Instrument geworden sind, um ihr Auftreten zu entstellen und ihre Rolle im öffentlichen und digitalen Raum zu mindern. „Der Krieg schürt die Aufstachelung zum Hass und der Staat selbst unterstützt dies manchmal durch ungerechte Gesetze“, heißt es in der Mitteilung. „Wir müssen uns zusammenschließen, Frauen und Männer, bevor er zu einer Waffe wird, die unsere gemeinsame Existenz bedroht“.

Die Verbreitung von Hassreden beeinträchtigt unterdessen das Sicherheitsgefühl der Frauen und hat negative Auswirkungen auf ihre psychische Gesundheit und persönliche Sicherheit. Angesichts dieser Realität sei es notwendig, die Solidarität der Gemeinschaft zu stärken und die Rolle der Medien bei der Verbreitung einer Kultur der Toleranz, des Respekts und der Gleichheit zu unterstreichen.

(AP) (Fides 7/8/2025)

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]